



Emmi-Chef Urs Riedener: Im Buttermarkt diktiert er die Preise.

KESSON/SPIELFELDSCHNITZ

Profiteur der Abschottung

Emmi Politiker und Firmen werfen dem Milchverarbeiter vor, seine marktbeherrschende Stellung im Buttermarkt auszunutzen.

DAVID VONPLON

Wieder einmal wachsen die Butterberge in schwindelerregende Höhen. Letztes Jahr haben Schweizer Bauern so viel Milch gemolken wie nie zuvor – jetzt sitzen sie auf 6000 Tonnen Butter, die im Inland nicht abgesetzt werden können. Und dies, obwohl seit Anfang Jahr bereits 1900 Tonnen zu Tiefpreisen auf dem Weltmarkt veräussert wurden.

Eigentlich müssten die Butterpreise angesichts der Überschüsse sinken. Doch im hoch subventionierten und teilweise abgeschotteten Schweizer Milchmarkt gelten andere Gesetzmässigkeiten. Trotz Überschüssen werden die Preisunterschiede gegenüber dem benachbarten Ausland immer grösser. Für Kochbutter bezahlt der Schweizer Konsument mittlerweile rund dreimal mehr als für deutsche Markenbutter. Für Vorzugsbutter gar fast viermal so viel, wie aus dem Marktbericht des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW) hervorgeht. Ebenfalls bezahlen industrielle Betriebe rund dreimal mehr für Butter als EU-Verarbeiter. Dabei nähert sich der Schweizer Milchpreis dem europäischen Niveau an und Bauern erhalten «nur» gut eineinhalbmal mehr für ihre Milch als EU-Produzenten.

Je stärker sich die Preisschere gegenüber dem Ausland öffnet, desto grösser wird die Unruhe bei den Detailhändlern. Ein Coop-Sprecher bezeichnet die Situation als «unbefriedigend». Man sei derzeit daran, die Lage zu prüfen. Ähnlich klingt es bei der Migros: «Die Konsumenten goutieren solche Preisunterschiede nicht, wie der wachsende Einkaufstourismus be-

legt», sagt Jürg Maurer, stellvertretender Leiter Wirtschaftspolitik beim Migros-Genossenschaftsbund.

Die Migros versuchte bereits im Jahr 2007, die ineffizienten Schweizer Butterhersteller zu umgehen. Sie beantragte damals beim Bund die Erlaubnis, Schweizer Rahm in Deutschland zu Butter verarbeiten zu lassen, um diese dann günstiger in den eigenen Läden zu verkaufen. Die Migros blies die Aktion schliesslich aus Kostengründen ab. Damals jedoch war Butter bloss 40 Prozent teurer als in Deutschland. Da sich die Preisunterschiede seither stark vergrössert hätten, sei ein solcher Schritt wieder «überlegenswert», sagt Maurer.

Kein Wettbewerb im Buttermarkt

Der Buttermarkt ist fest im Griff der bäuerlich beherrschten Unternehmen Emmi und Cremo. Wegen der hohen Zollschranken müssen sie keine ausländische Konkurrenz fürchten. Zugleich decken die beiden Unternehmen 90 Prozent des Marktes ab. Die Wettbewerbskommission (Weko) stuft Emmi und Cremo denn auch als marktbeherrschend ein. «Es herrscht wenig Wettbewerb im Buttermarkt. Weder Emmi noch Cremo haben einen Anreiz zu Preisunterbietungen», konstatiert Sprecher Patrik Ducrey. An dieser Situation werde sich nichts ändern, solange der Markt abgeschottet bleibe.

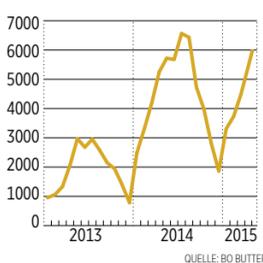
Die vollständige Öffnung des Milchmarktes – wie von der Weko empfohlen – bleibt jedoch in weiter Ferne. Druck auf die Butterhersteller kommt stattdessen aus dem Parlament. In einem Vorstoss wirft SP-Nationalrat Beat Jans diesen Marktmanipulation vor: «Emmi und Cremo arbeiten nicht nur ineffizient, sie nützen das Fehlen von Wettbewerb

50000
Tonnen Butter

Export Die Milchverarbeiter haben 2014 in der Schweiz rund 50000 Tonnen Butter produziert. Ins Ausland exportiert wurden davon 3700 Tonnen, 60 Prozent durch Emmi.

Hohe Preise Im Vergleich zu deutscher Markenbutter kostet Schweizer Butter im Detailhandel zweieinhalb- bis viermal mehr. Laut Bund sind die Butterpreise ab Hersteller dreimal höher als in der EU.

Schweizer Butterberge
Lagerbestände (in Tonnen)



schamlos aus.» Jans berechnete anhand von Zahlen des BLW die Rohstoffpreise für Butter und verglich diese mit den Referenzpreisen, welche das BLW anhand von Branchenangaben ermittelt. Er kam zum Schluss, dass die Margen der Schweizer Verarbeiter fünfmal höher liegen als jene von EU-Anbietern. Der Basler verlangt vom Bundesrat, die Situation im Milchmarkt zu untersuchen und falls nötig gegen Marktabsprachen und Fehlanreize vorzugehen.

Dafür sieht die Regierung jedoch keinen Anlass. Sie geht zwar ebenfalls von höheren Margen bei Schweizer Herstellern aus. Dass diese fünfmal höher seien als in der EU, könne man jedoch nicht bestätigen, erklärte der Bundesrat vergangene Woche. Ihm würden überdies keine Hinweise auf Preisabsprachen vorliegen. Emmi sieht seine Haltung damit gestärkt: Dem Unternehmen zufolge sind die Berechnungen von Jans «schlichtweg falsch».

Mehrere befragte Branchenkenner dagegen bezeichnen diese als plausibel. Ein grosser Butterabnehmer spricht von Indizien, «die darauf schliessen lassen, dass die Wettbewerbssituation ausgenutzt» werde. So wichen beispielsweise die Offerten von Cremo und Emmi nur minimal voneinander ab. Sich gegen die hohen Butterpreise zur Wehr zu setzen, sei für Abnehmer kaum möglich. «Die beiden Anbieter wissen, dass keine Ausweichmöglichkeit besteht, solange der Grenzschutz in Kraft ist.»

Ein weiterer Insider erklärt, dass die beiden Butterhersteller in der Branchenorganisation Butter zusammenarbeiten würden. Ein Hinweis auf Absprachen sei, dass die an den Bund gemeldeten Butterpreise – im Gegensatz zum Milchpreis –

kaum fluktuieren würden. Ihm zufolge müsste das BLW die Weko darüber in Kenntnis setzen. Diese habe schliesslich die Untersuchungskompetenz. Emmi betont derweil, dass in der Branchenorganisation keine Preisabsprachen stattfinden würden. Sie kümmere sich in erster Linie um gemeinsame Absatzförderungsmaßnahmen und Qualitätsfragen.

Untätige Wettbewerbsbehörden

Bei der Weko hält man das offenbar für glaubhaft. «In einem derart engen Duopol sind Abreden nicht nötig, da ohnehin ein Parallelverhalten der Unternehmen zu erwarten ist», sagt Sprecher Ducrey. Er sieht vielmehr den Preisüberwacher in der Pflicht. Dieser habe die Möglichkeit, die Preise der marktbeherrschenden Unternehmen zu überprüfen und falls nötig Preissenkungen zu verfügen.

Preisüberwacher Stefan Meierhans zeigt indessen keine Lust, die Preispolitik der Butterhersteller unter die Lupe zu nehmen: «Wir haben sowohl Emmi als auch Cremo bereits einmal untersucht und keine Indizien für überhöhte Margen und Gewinne gefunden.»

Die Haltung der Behörden, sich gegenseitig den Ball zuzuspielen, stösst auf Unverständnis. «Die Wettbewerbsbehörden könnten mehr tun, als nur darauf hinzuweisen, die Regierung solle doch die Märkte öffnen», sagt Patrick Krauskopf, Experte im Wettbewerbsrecht. Die präventive Wirkung des Kartellgesetzes greife nur dann, wenn ein Unternehmen jederzeit davon ausgehen müsse, ins Fadenkreuz der Weko zu geraten, so der ehemalige Vizedirektor der Behörde. Einen Freibrief für marktbeherrschende Unternehmen auszustellen, sei ein falsches Signal an den Markt.

Beim Geld fängt die Feindschaft an

Erdöl Ein Schweizer Gericht verdonnert Israel zu einer Milliardenzahlung an den Iran. Doch Israel legt sich quer.

BERNHARD FISCHER

Ein Schiedsgericht in Genf hat die israelische Ölgesellschaft Eilat Ashkelon Pipeline Company im Mai zu einer Milliardenzahlung an den Iran verdonnert. Das bestätigt der Präsident der Swiss Commission of Arbitration, Urs Weber-Stecher. Grund sind in einem Schiedsverfahren festgestellte Kompensationen und Anwaltskosten seit 1979 im Konnex mit Öllieferungen aus dem Iran nach Israel. Die Fördergeschäfte um die Pipeline Company unterliegen strenger Geheimhaltung und Zensur im demokratischen Israel.

Die israelische Pipeline Company ist seit jeher ein Mysterium. Unter grösster Geheimhaltung lieferte der Iran ab Mitte der 1950er-Jahre Erdöl nach Israel. Bis Ende der 1970er-Jahre stammten bis zu 90 Prozent der Öllieferungen aus dem Iran. Die verdeckten Öllieferungen machten Israel vom arabischen Öl unabhängig. Und der Iran unter dem damaligen Schah Reza Pahlavi konnte sich mit den Ölverkäufen einen geostrategischen Vorteil gegenüber Ägypten und den arabischen Förderländern verschaffen. Mittelsmann für die verfeindeten Handelspartner war Marc Rich. Der Deal war der Startschuss für den Aufstieg des gewieften Geschäftsmannes zum seinerzeit mächtigsten Rohstoffhändler der Welt, dem «King of Oil».

Für die Kooperation zwischen Israel und dem Iran für eine eigene Ölleitung bis ins Landesinnere Israels wurde ein 50:50-Joint-Venture (JV) eingerichtet. Ihren



«King of Oil»

Mit der Handelsfirma Philipp Brothers wurde Marc Rich zum mächtigsten Ölhändler der Welt. Startschuss für seinen Erfolg waren Deals zwischen Israel und dem Iran, welche Rich vermittelte. Er starb 2013 in Luzern.

Sitz hatte die JV-Gesellschaft Trans-Asiatic Oil in der Schweiz. Die in Israel 254 Kilometer lange Pipeline reichte von Eilat im Süden des Landes bis nach Ashkelon bei Tel Aviv. Israel sicherte sich damit die Ölversorgung im eigenen Land. Überschüsse aus den Lieferungen verkaufte Israel unter der Führung von Marc Rich auf dem Weltmarkt. Gut zehn Jahre lang liefen die Geschäfte bestens, von 1968 bis zur Islamischen Revolution im Iran 1979. Dann kam der Bruch. Die israelisch-iranische Zweckgemeinschaft war den revolutionären Mullahs ein Dorn im Auge. Der damalige Staatschef Ayatollah Ruhollah Khomeini erklärte Israel zum Staatsfeind. Sämtliche Vereinbarungen mit Israel annullierte der Revolutionsführer.

Israel sah sich gezwungen, seine ökonomischen Interessen zu sichern, und riss sich die Pipeline unter den Nagel. Für den hälftigen Anteil des Iran an dem Joint Ven-

ture hat Israel nie bezahlt, in den Geschichtsbüchern ist von Enteignung die Rede. Aus Sicht Israels war der Fall klar: Warum für einen Anteil bezahlen, welcher der iranischen Staatsräson zum Opfer fiel?

Auf den Geldforderungen für diese Anteile besteht der Iran aber bis heute. Dem Vernehmen nach hat das Schweizerische Bundesgericht iranischen Kunden gestattet, Schlichtungsforderungen von 7 Milliarden Dollar einzubringen, wovon final rund 1 Milliarde bestimmt worden sei, die Israel nun an den Iran zahlen soll.

Doch Israel legt sich quer und beruft sich auf den «Trading with the Enemy Act», ein US-Gesetz, das den Handel mit verfeindeten Staaten verbietet. Zusätzlich sind wegen Finanzsanktionen der USA gegen den Iran Überweisungen in den Iran ohnehin nicht möglich. Der Streit geht damit in die nächste Runde und bleibt wohl ein Politikum.